

Ergebnisse der Vergleichsstudie von Frontier Economics
– Anmerkungen aus industrie-, energie- und klimapolitischer Sicht
des BDI und der IGBCE

**Kapazitätsreserve für Versorgungssicherheit und Klimaschutz und KWK-Ausbau sind dem Klimabeitrag überlegen –
 Klimabeitrag viermal so teuer wie Alternativvorschläge**

Das BMWi fordert zur Erreichung des nationalen 40 %-Klimaziels vom Stromsektor eine zusätzliche CO₂-Minderung von 22 Mio. Tonnen und will deshalb einen Klimabeitrag einführen. Dieser würde im Wesentlichen ältere – rentable, am Markt erfolgreiche – Braunkohleanlagen treffen und wäre eine explizite nationale Doppelregulierung zum EU ETS. Diese Sonderbelastung deutscher Wertschöpfung und Produktion würde zu nicht hinnehmbaren Strukturbrüchen führen.

Die IGBCE hat deshalb Alternativen zum Klimabeitrag vorgeschlagen, mit denen Deutschland sein Klimaziel erreichen kann – unabhängig davon, dass wirkungsvoller Klimaschutz nur international erfolgreich sein kann. Die IG BCE plädiert für den Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen. Das KWK-Gesetz sieht den Ausbau auf einen Anteil von 25 Prozent an der deutschen Stromversorgung bis 2020 vor und sollte bis 2025 verlängert werden. So würden im Jahr 2020 11 Mio. Tonnen weniger emittiert werden. Zusätzlich garantiert eine Kapazitätsreserve für Versorgungssicherheit und Klimaschutz (KVK), die Versorgungssicherheit: Bis 2016 soll ein Auktionsprozess zur Einrichtung der KVK stattfinden. Kraftwerke, die sich an der Reserve beteiligen, können nicht gleichzeitig am Strommarkt teilnehmen. Nach vier Jahren Verweildauer in der KVK werden die Kraftwerke endgültig stillgelegt. Je nach Höhe und Ausgestaltung trägt diese KVK mit einem möglichen Volumen von 15 bis 20 Mio. Tonnen CO₂-Einsparungen zum Erreichen des deutschen Klimaschutzziels bei.

Im Auftrag des BDI und der IGBCE hat Frontier Economics die Alternativvorschläge mit dem BMWi-Konzept des Klimabeitrags anhand eines Vergleichs mit einem Referenzszenario bewertet. Die Gutachter kommen zu dem Schluss, dass die Realisierung der Alternativvorschläge, anders als der Klimabeitrag des BMWi, wesentlich verbraucherfreundlicher ist und Strukturbrüche vor allem in den Braunkohleregionen Deutschlands vermeidet. Im Einzelnen:

- **Der Klimabeitrag kostet viermal so viel wie IGBCE-Vorschläge...**

Die Berechnungen von Frontier Economics zeigen, dass der Klimabeitrag weit übers Ziel hinausschießt und den Betrieb aller Braunkohle-Blöcke kleiner oder gleich 600 MW unwirtschaftlich werden ließe. Die Folge wäre die unmittelbare Stilllegung von 11,2 GW Braunkohlekapazitäten und mehrerer Tagebaue. Dadurch würde der Klimabeitrag des BMWi alleine in 2020 die Verbraucher zusätzlich mit 4,3 Mrd. € belasten. Die von der IGBCE vorgeschlagenen Maßnahmen sind hingegen viel zielgenauer und führen zu deutlich geringeren gesamten Mehrkosten von etwa 1,1 Mrd. €.

- **... aber dem Klima wird durch den Klimabeitrag nicht geholfen.**
 Kommt es zur Einschränkung der Stromerzeugung aus Kohle in Deutschland (bis hin zu Kraftwerksstilllegungen), sinken zwar die CO₂-Emissionen innerhalb Deutschlands, nicht aber im EU ETS. Denn wenn in Deutschland weniger CO₂ emittiert wird, kann im Ausland entsprechend mehr CO₂ ausgestoßen werden, da alle Kraftwerke dem EU ETS unterworfen sind. Durch eine verfügte Stilllegung oder Minderproduktion von deutschen Kohlekraftwerken durch den Klimabeitrag würde der CO₂-Ausstoß insgesamt nicht verringert, sondern nur verlagert. Es findet nationales „Schönrechnen“ statt. Würde die Kohlestromerzeugung dagegen über den CO₂-Freibetrag hinaus beibehalten, würden dem EU ETS zwar CO₂-Zertifikate entzogen und damit tatsächlich eine CO₂-Minderung erzielt, allerdings nicht die nationale Bilanz verbessert.
- **Besonders energieintensive Industrien hätten Wettbewerbsnachteile ...**
 Ihre Strombezugskosten stiegen allein durch den Klimaschutzbeitrag deutlich. Die zusätzliche Belastung von bis zu 11 €/MWh in 2020 in Folge des reduzierten Angebots im Strommarkt würde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie erheblich beeinträchtigen. Dieser Preisanstieg kommt zusätzlich zu weiteren preistreibenden Effekten, zum Beispiel die Reform des EU ETS oder das Ausscheiden zahlreicher Kraftwerke, denen der Strommarkt kein betriebswirtschaftliches Auskommen mehr bietet. Das geht unmittelbar zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit, da die deutschen Industriestrompreise schon heute zu den höchsten in Europa und weltweit zählen.
- **... was zu Verlusten von Arbeitsplätzen führen würde.**
 Als Folge dieser nationalen Zusatzbelastung könnten allein im Braunkohlesegment Tausende von Arbeitsplätzen verloren gehen. Die Effekte treten lokal konzentriert auf und betreffen einzelne Regionen besonders stark. Dies gilt unmittelbar für die Beschäftigten in den Kraftwerken und im Braunkohletagebau, mittelbar über Vorleistungsbeziehungen aber auch für andere Branchen. Darüber hinaus würden die erwarteten Strompreisanstiege auch branchenübergreifend zu einem Nettoverlust von Beschäftigung führen. Hiervon wären stromintensive Industrien besonders stark betroffen. Getätigte Investitionen würden entwertet und volkswirtschaftliches Kapital vernichtet.
- **Der Klimabeitrag würde einen Präzedenzfall schaffen und Investoren dauerhaft und tiefgreifend verunsichern.**
 Die Unsicherheit, welche weiteren EU ETS-pflichtigen Anlagen neben älteren Braunkohlekraftwerken demnächst einen zusätzlichen nationalen Sonderbeitrag zur Emissionsminderung zu erbringen hätten, würde die gegenwärtig ohnehin nur geringe Investitionsbereitschaft in ganz erheblichem Maße zusätzlich beeinträchtigen.
- **Dies kann nicht im Sinn der Energiewende sein, ...**
 Die Bundesregierung will ein Strommarktdesign für ein nachhaltig versorgungssicheres System schaffen. Dafür ist Verlässlichkeit der Politik die entscheidende Voraussetzung.
- **... hingegen vermeiden die Alternativvorschläge Strukturbrüche.**
 KWK-Ausbau und Kapazitätsreserve schaffen einen nachhaltigen stabilen Rahmen, der zu Transparenz und Planungssicherheit für alle Marktteilnehmer führt. Über die KVK werden Reserven für den geordneten Abbau vorhandener Kapazitätspuffer vorgehalten und über KWK neue Kapazitäten für die Kompensation des Kernenergieausstiegs zugebaut.

- **Europa hat den Wert einer starken Industrie erkannt.**
20% des Bruttoinlandprodukts sollen EU-weit bis 2020 durch industrielle Wertschöpfung erbracht werden – ein oft vergessenes Ziel, das durch nationale Sonderwege und -belastungen konterkariert würde. Gefragt ist daher eine marktwirtschaftliche und vor allem europäisch ausgerichtete Klima- und Energiepolitik, die eine sichere, ressourcenschonende und bezahlbare Versorgung garantiert. Die vorgeschlagenen Alternativinstrumente tragen hierzu nachhaltig bei. Sie könnten zudem um Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in Gebäuden sinn-voll ergänzt werden.